

Partizipation an kommunalen Integrationsratswahlen

B.A. Sozialwissenschaften
SoSe 2022/23 B.Sowi.2000
Migration und Wege der politischen Partizipation
Dozentin: Anke Freuwört
Sven Hadel, Leonore Heubner

Forschungsfrage:

Wie wirken sich die Ressourcen, politische Motivation und die politische Rekrutierung des Integrationsrats auf die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund aus?

Forschungsinteresse:

Phänomen:

- geringe Wahlbeteiligung - Integrationsrat ausschließlich beratendes Gremium in Ausschüssen → kein Stimmrecht
- Bundesländer unterschiedliche Regelung zur Stellung eines kommunalen Integrationsrats
- BL mit verpflichtenden Regelungen für die kommunale Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund: Berlin, Bremen, Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland
- Keine expliziten Regelungen: Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern
- Erwähnt wird die Einrichtung einer kommunalen Repräsentation von Zugewanderten als *Kann- oder Soll-Bestimmung* in den Kommunalordnungen: Brandenburg, Schleswig-Holstein, Thüringen, Sachsen (F. Gesemann & R. Roth 2014, 90)

Forschungsstand:

- 2023 quantitative Studie untersucht Ursachen für Unterschiede in der Wahlbeteiligung bei Integrationsratswahlen in NRW
 - „erstmalig systematisch-vergleichend Determinanten der Wahlbeteiligung bei den Integrationsratswahlen auf Gemeindeebene“ untersucht (siehe Vierus et al. 2023, 527)
 - Empirische Befunde:
 1. Etablierte Parteien haben eine wichtige Scharnierfunktion für die politische Integration von Zugewanderten.
 2. Relevanz von sozial-normativen „Spill-Over“-Effekten (*Übertragungseffekte*), gespeist durch eine aktive kommunale politische Beteiligungskultur
- neben politisch-institutionellen Faktoren auch migrationsbezogene und normative Faktoren die Wahlbeteiligung maßgeblich beeinflussen (Vierus et al 2023, 527)

Relevanz:

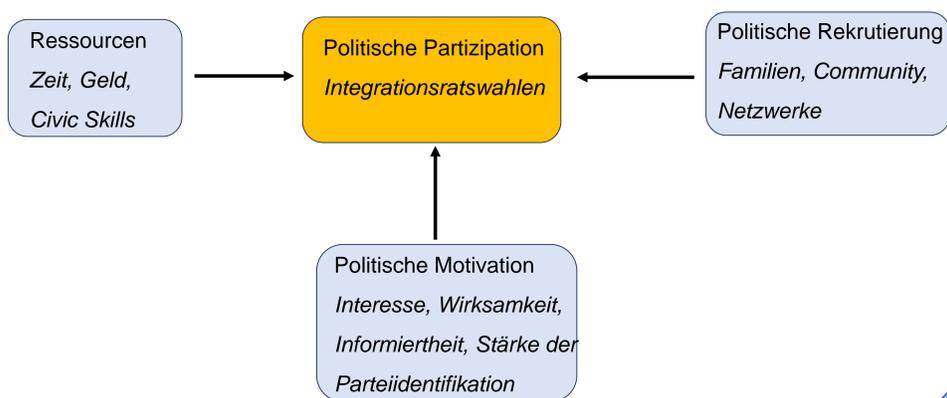
- faktisch einzige Möglichkeit elektoraler politischer Interessenartikulation für Menschen mit Nicht-Deutscher/EU-Staatsbürgerschaft



∅ = 13%
Wahlbeteiligung
bei letzten 3
Integrationsrats-
wahlen in NRW

Theorie:

Civic Voluntarism Modell (nach Verba et al. 1995, zitiert nach Lütters 2022):



Forschungsleitende Annahmen:

- I. Die politische Motivation nach dem Civic Voluntarism Modell ist ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung.
- II. Es besteht eine geringe Wahlbeteiligung, aufgrund von fehlenden partizipationsrelevanten Ressourcen des Integrationsrats.
- III. Das Umfeld der politischen Rekrutierung wirkt sich auf die Wahlbeteiligung aus.

Methodik:

Qualitative Datenerhebung:

- Einzelfallspezifische leitfadengestützte Experteninterviews
- Theoriegeleitete Interviewfragen orientiert am Civic Voluntarism Modell (CVM)
- Fragen zu kommunalspezifischen Integrationsratswahlen und dem Engagement der Mitglieder
- Beispiel Leitfadenfrage: „Sind Ihnen Integrationsratsmitglieder bekannt, die parteipolitisch oder sozial engagiert sind?“ (siehe Sprechblase a))

Sample:

- 2 Experteninterviews mit Vorsitzenden eines Integrationsrates und Integrationsbeauftragten der Kommune

Feldzugang:

- Zugang 1: persönlicher Kontakt in Stadt A (durch Praktikum), Kontaktaufnahme telefonisch
- Zugang 2: Kontakt zum Integrationsrat in Stadt B ausschließlich über Geschäftsführer, telefonische Kontaktaufnahme und Vorabgespräch
- Versuch der Kontaktaufnahme zur Integrationsratsvorsitzenden in Stadt B, auf offiziellem Weg keine Rückmeldung zur Kontaktanfrage und möglichem Interview

Datenauswertung:

- Transkription der Interviews
- Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring und Fenzl (2019)
- Deduktive Vorgehensweise:
- Kategorienbildung anhand des CVM (bspw. Kategorie: *Politische Rekrutierung* - Interviewzitat: Wahlmobilisierung vorwiegend über gleiche Gemeinde (siehe Sprechblase c))

→ Codierung anhand der theoriegeleiteten Kategorienbildung

Interviewzitate:

a) „Der Vorsitzende des Integrationsrates, der ist politisch engagiert. Also das war es eigentlich auch schon“ (2,1-2/22).

b) „Die [Mitglieder] haben beispielsweise bei den internationalen Wochen gegen Rassismus an unseren Veranstaltungen immer mit teilgenommen oder auch an den Frauenkulturtagen“ (2,7-9/10).

c) „Was allerdings nicht so stark ist, ist die Mobilisierung anderer Migranten, also das heißt Personen, die eben nicht zu diesen Gemeinden gehören, aber trotzdem wahlberechtigt sind und hätten wählen können“ (2,6-9/38).

Vorläufige Ergebnisse:

- Bestimmungsgrößen: *Ressourcen, politische Motivation und politische Rekrutierung* nach dem Civic Voluntarism Modell können auf Interviewaussagen der Kommune A codiert werden
- neben politisch-institutionellen Faktoren, Bestimmungsgrößen als ergänzende Determinanten betrachten, die Einfluss auf geringe Wahlbeteiligung erklären können